

Gemeinden müssen auch Gesundheitsvorsorge beachten

Die Interessengemeinschaft der Kleingemeinden Graubündens, die sich schon vor einigen Jahren für alle Gemeinden öffnete, führte am Samstag ihre traditionelle Jahrestagung im Grossratsgebäude in Chur durch. Thema der Tagung war die Gesundheitsversorgung im Kanton Graubünden.

Das Ziel der Jahrestagung der IG Kleingemeinden Graubündens war es, ihren Vertreterinnen und Vertretern wertvolle Denkanstösse im Sinne von «best practice» mit nach Hause zu geben. Dieses Ziel wurde durch die Eingangsreferate von Rudolf Leuthold, Leiter Gesundheitsamt Graubünden, Tilmann Slembeck, Gesundheitsökonom an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), und durch die interessanten Beiträge der Podiumsdiskussion erreicht.

An der Tagung teilgenommen haben auch Regierungsrat und Gesundheitsdirektor Peter Peyer, Judith Fasser vom Center da sandà Val Müstair, Christian Kasper und Oliver Kleinbrod von der Flury Stiftung, Maurizio Michael vom Centro Sanitario Bregaglia und Christian Rathgeb von der Stiftung «Gesundheit Mittelbünden».

Gesundheitsversorgung und -vorsorge
Die Gesundheitsversorgung ist Aufgabe vom Kanton und den Gemeinden. Gemäss Gesundheitsgesetz sind die Gemeinden den Regionen zugeteilt. Rudolf Leuthold wies in seinem Referat auch darauf hin, wie wichtig die Gesundheitsvorsorge ist. Die Gemeinden hätten es in der Hand, gesundheitsfördernde Lebensbedingungen in den kommunalen Strukturen zu schaffen. In diesem Bereich gebe es verschiedene Vorzeigebispiele, beispielsweise die Jugend-, Bewegungs-, Begegnungs- und Sportkommissionen oder runde Tische für Seniorinnen und Senioren. Dafür müssten aber auch die politischen und organisatorischen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Stärkung der Versorgungsnetzwerke
Die dezentrale Besiedelung der Schweiz und Graubündens erfordere nicht nur

im Gesundheitsswesen die Grundversorgung in mehreren Bereichen, um die Lebensqualität zu erhalten. Dieser stehe vielfach eine geringe Finanzkraft gegenüber. Die Gesundheitsversorgung stünde gleich einer Anhäufung von Schwierigkeiten gegenüber, so etwa im Rettungswesen durch die schwierige Geo- und Topographie im Kanton, im Tourismus durch saisonale Schwankungen sowie in Bezug auf den medizinischen Fortschritt und den bestehenden Fachkräftemangel. Für Professor Slembeck sind deshalb in erster Linie die Gesundheitsleistungen für die Bevölkerung und nicht die Standorte der Spitäler wichtig. Dazu sollen auch die Versorgungsnetzwerke aller Beteiligten gestärkt werden. Eine optimale Versorgung sei gegeben, wenn Nutzer, Zahler und Entscheider im Einklang stehen.

Christian Kasper, Präsident der Flury Stiftung, verglich ein Spital mit einer Gemeinde. Ungeachtet der Grösse komme

es darauf, wie ein Spital oder eine Gemeinde geführt werde. Man müsse Verantwortung übernehmen und sich nicht hinter Gutachten verstecken, so Kasper.

Oliver Kleinbrod von der Flury Stiftung war der Meinung, dass die Bevölkerung sagen müsse, was sie wolle. Es brauche eine stufengerechte Versorgung mit vernünftigen Angeboten. Der medizinische Fortschritt und die steigende Nachfrage führe zu einer permanenten Unterfinanzierung. Aufgrund der stark reduzierten Fallzahlen dürfe man sich nicht nur auf die Spitäler fokussieren.

Grösserer Handlungsspielraum nötig
Für Christian Rathgeb von der Stiftung «Gesundheit Mittelbünden» sind auch die Führungsstrukturen sehr wichtig. Diese müssten zum Teil noch auf einen zeitgemässen Stand gebracht werden, wobei er dem Kanton Graubünden in dieser Hinsicht insgesamt ein gutes

Zeugnis ausstelle. Auch müsse den Institutionen im Gesundheitswesen im gesamtschweizerischen Kontext ein grösserer Handlungsspielraum zugestanden werden.

Judith Fasser vom Center da sandà Val Müstair, dem kleinsten Spital der Schweiz, vertrat die Meinung, dass es nur so viel Kompetenzen wie nötig brauche. Das Spital habe eine effiziente Notfallversorgung und biete seine Dienstleistungen auch über die Landesgrenze an. Zudem biete es auch die Begleitung und Beratung der Patienten über den gesamten Behandlungsprozess an. Dies sei ihr ein grosses Anliegen, so Judith Fasser. Und gerade im Val Müstair sei eine gute Vernetzung sehr wichtig.

Maurizio Michael vom Centro Sanitario Bregaglia ging vor allem auf die Qualität der Führung ein. Es gehe einerseits um die strategische, andererseits um die operative Führung. Dabei müsse man

auch die erforderlichen Kompetenzen übergeben. Das Centro Sanitario Bregaglia, eines der kleinsten Spitäler Graubündens, deckt für die Bevölkerung eine ganzheitliche Gesundheitsversorgung ab, man fühle sich wie eine grosse Familie, auch Patienten aus dem Nachbarland Italien würden aufgenommen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Podiums äusserten sich über die Unterstützung des Kantons grundsätzlich positiv, obwohl es auch unterschiedliche Meinungen gab. Ein beherztes Votum galt den Politikerinnen und Politikern, die nicht loslassen könnten. Auch in den Stiftungsräten der Gesundheitsinstitutionen sei vor allem Fachkompetenz in unternehmerischer Hinsicht gefragt.

Alex Brembilla
Sekretär IG Kleingemeinden GR

Weiterführende Informationen sind auf der Internetseite www.ig-kleingemeinden.ch aufgeschaltet.



Von links: Judith Fasser, Rudolf Leuthold, Peter Peyer, Oliver Kleinbrod, Nina Gansner, die Präsidentin der IG Kleingemeinden, Christian Rathgeb, Christian Kasper, Tilman Slembeck und Maurizio Michael. Foto: IG Kleingemeinden

Italien stellt 564 000 Franken für Verkehrskonzept in Aussicht

Der Fragenkatalog der Churer Grossrätin Anita Mazzetta und 29 Mitunterzeichnenden rund um das Verkehrskonzept für die Olympischen Winterspiele 2026 war lang. Nun hat die Bündner Regierung, wenn auch nur ansatzweise, Antworten geliefert.

JON DUSCHLETTA

Erstmals in der langen Vorbericht-erstattung zu den Olympischen Winterspielen Milano Cortina 2026 kamen nun Zahlen auf den Tisch. Lediglich rund 564'000 Franken will Italien demnach an das Bündner Verkehrskonzept mit geschätzten Maximalkosten von 5,5 Millionen Franken beitragen. Davon werden 4,6 Millionen Franken als externe Kosten definiert.

Nötig wurde ein solches Verkehrskonzept, weil mit Bormio und vor allem mit Livigno zwei Austragungsorte von olympischen Disziplinen in un-

mittelbarer Nähe zu Südbünden liegen. Zudem fallen die 25. Olympischen Winterspiele, die am 6. Februar beginnen und bis zum 22. Februar dauern, in die touristische Winter-Hochsaison mit entsprechendem Verkehrsaufkommen. Die EP/PL hat verschiedentlich darüber berichtet, zuletzt in der Ausgabe vom 28. Oktober.

Mazzetta: Wenig Zuversicht
Die Grünen-Grossrätin Anita Mazzetta hat auf Anfrage Zweifel darüber geäussert, dass die Kostenbeteiligung seitens Italien überhaupt zustande kommt. «Die Organisatoren verfügen scheinbar selber noch über kein Konzept, dafür explodieren die Kosten. Ich habe deshalb wenig Hoffnung, dass die 600'000 Euro überhaupt bezahlt werden.» Zumal in der Antwort der Regierung auf Mazzettas Anfrage davon die Rede ist, dass Italien diese Kostenbeteiligung «in Aussicht» stelle. Aktuell fänden laut der Regierung Verhandlungen mit allen involvierten italienischen Stellen statt, über eine weitere Kostenbeteiligung. Würde Italien die Kosten pauschal übernehmen, so wür-

den Gäste mit gültigem Eintrittsticket die via Graubünden nach Livigno anreisen, den P+R-Service kostenlos nutzen können. Ansonsten, so die Regierung weiter, sollen die Kosten auf die Gäste abgewälzt werden.

Diesem Vorgehen steht Anita Mazzetta «im Sinne einer verursachergerechten Abwälzung der Kosten» positiv gegenüber. Mit den Antworten der Regierung ist sie insofern zufrieden, als dass nun ein robustes kantonales Verkehrskonzept vorliege und die Stossrichtung grundsätzlich in die richtige Richtung ziele. Nämlich, dass der öffentliche Verkehr im Zentrum stehe und dass Besucherinnen und Besucher so früh wie möglich auf diesen ausweichen können. «Ziel muss aber sein, dass möglichst viele grundsätzlich mit dem ÖV anreisen und erst gar nicht mit dem eigenen Auto», so Mazzetta.

«Graubünden hat zu lange gewartet»
Sie bemängelt, dass der Kanton Graubünden zu lange auf Antworten aus Italien gewartet habe, anstatt selber und früher aktiv zu werden und solche einzuverlangen. «Man hätte durchaus

mit der Schliessung des Tunnels Munt la Schera drohen können, wenn die Kosten nicht mindestens zur Hälfte bezahlt würden.» Der von den Engadiner Kraftwerken (EKW) privat betriebene und einspurige Tunnel stellt die einzige wintersichere Verbindung vom Engadin und der Val Müstair nach Livigno dar.

Aus der regierungsrätlichen Antwort auf die in der Augustsession des Grossen Rates eingereichte Anfrage Mazzettas geht weiter hervor, dass für die Zeit der Olympischen Winterspiele 2026 mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen auf den Zufahrtsachsen zu rechnen sei. Und damit einhergehend auch mit mehr Ausweichverkehr in den betroffenen Regionen. Auf italienischer Seite bestünde zwar auch ein Verkehrskonzept, dieses sei aber weiterhin nicht finalisiert. Auch lägen weiterhin noch keine genauen Vorverkaufszahlen für die einzelnen Wettkämpfe vor. So gehen alle Beteiligten an Spitzentagen und alleine geschätzt für Livigno weiterhin von bis zu 12'000 Gästen aus. Rund ein Drittel davon dürfte über die Schweiz anreisen, wobei 80

Prozent von Norden her via Landquart, dem Prättigau und Zernez, die restlichen 20 Prozent von Süden her via Südtirol und der Val Müstair kommen dürften. Die Regierung schreibt dazu, dass die Annahmen der Veranstalter «nicht überprüfbar» seien.

Sicher ist, dass Frequenzen und auch Kapazitäten des öffentlichen Verkehrs zwischen Landquart und Zernez für die Dauer der Olympischen Winterspiele erhöht werden sollen. Und auch, dass in Zernez und in der Val Müstair P+R-Standorte für individuell und motorisiert anreisende Gäste eingerichtet werden, samt Shuttledienst von und nach Livigno.

In Sachen Sicherheit im Tunnel Munt la Schera bestünde bereits heute ein Sicherheitskonzept, und darüber hinaus sei eine Sicherheitsbewertung vorgenommen worden. Die feuerwehrtechnischen Belange würden durch eine Leistungsvereinbarung zwischen der Gebäudeversicherung Graubünden (GVG), der Feuerwehr Zernez und den Engadiner Kraftwerken geregelt, schreibt die Bündner Regierung in ihrer Antwort weiter.